

1525 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht

des Handelsausschusses

über den Antrag 505/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend sofortiger Maßnahmen zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie

Die Abgeordneten Mag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen haben am 26. März 1993 den gegenständlichen Antrag eingebracht und wie folgt begründet:

Auf Grund der jüngsten besorgniserregenden Entwicklung im Atombereich wäre es dringend erforderlich, daß die Regierung ihre Verantwortung gegenüber der österreichischen Bevölkerung wahrnimmt und im Sinne ihrer offiziellen Zielsetzung Aktivitäten für einen Atomausstieg setzt, jedoch anstelle von Sanktionsandrohungen sämtliche, im Antrag ausgeführten konstruktiven oder positiven Schritte ausschöpft.

Der Handelsausschuß hat die Vorlage erstmals am 19. Mai 1993 in Verhandlung genommen und zur Vorbehandlung einen Unterausschuß eingesetzt, der sich noch am selben Tag konstituierte.

Diesem Unterausschuß gehörten seitens des Klubs der Sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte die Abgeordneten Helmut Dietachmayr, Ing. Kurt Gartlehner, Dr. Kurt Heindl, Walter Resch (Obmann-Stellvertreter), Hans Wolfmayr, seitens des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dipl.-Ing. Richard Kaiser, Dipl.-Ing. Josef Riegler, Franz Stocker, Ingrid

Tichy-Schreder (Obfrau), seitens des Klubs der Freiheitlichen Partei Österreichs die Abgeordneten Peter Rosenstingl (Schriftführer), Mag. Karl Schweitzer, seitens des Grünen Klubs der Abgeordnete Rudolf Anschöber und seitens des Klubs Liberales Forum der Abgeordnete Mag. Thomas Barmüller an.

Der Unterausschuß hat diesen Antrag am 12. Oktober 1993 und am 22. Februar 1994 beraten. Einvernehmen konnte nicht erzielt werden, sodaß die Obfrau Ingrid Tichy-Schreder in der nächsten Sitzung des Handelsausschusses am Mittwoch, dem 23. Februar 1994, einen mündlichen Bericht erstattete.

In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Christine Heindl, Mag. Dr. Madeleine Petrovic, Dr. Kurt Heindl, Peter Rosenstingl, Hans Wolfmayr, Mag. Thomas Barmüller und Ingrid Tichy-Schreder sowie der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Wolfgang Schüssel das Wort.

Bei der Abstimmung erhielt der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Handelsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1994 02 23

Dipl.-Vw. Dr. Dieter Lukesch
Berichterstatter

Ingrid Tichy-Schreder
Obfrau

Abweichende persönliche Stellungnahme der Abgeordneten Christine Heindl und Madeleine Petrovic

(gemäß § 42 Abs. 5 GOG)

Die Behandlung des GRÜNEN Antrages betreffend **sofortige Maßnahmen zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie** im Unterausschuß des Handelsausschusses und auch die nachfolgende Vollausschußberatung ist aus GRÜNER Sicht als politisch gefährlich einzustufen und daher selbstverständlicherweise abzulehnen.

Die **Bevölkerung hat großes Interesse daran**, daß die verantwortlichen PolitikerInnen Österreichs alles daransetzen, daß unseren Nachbarländern der Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht wird. Sicherlich hat dies auch sicherheitspolitische Gründe, da die Auswirkungen zB eines Unfalles in einem der grenznahen Ost-AKW's die in Österreich lebenden Menschen gefährden. Das Engagement der Bevölkerung hat sich auch in dem großen Interesse im Zusammenhang mit dem AKW Temelin und dem Engagement der Vereinigten Staaten manifestiert. Mit einer derart konkret die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen beeinträchtigenden Technologie müssen verantwortungsvolle PolitikerInnen ernsthaft und nicht populistisch umgehen. Die parlamentarische Behandlung hat dies leider völlig ignoriert.

1. Die **13 konkreten Vorschläge** des GRÜNEN Antrages (siehe untenstehende Auflistung) zum Ausstieg aus der Atomenergie wurden nicht nur von den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, sondern auch von FPÖ und Liberalem Forum abgelehnt.

2. Die **Petition 15** der Katholischen Jugend Großraming „betreffend ein Ersuchen an die österreichische Bundesregierung, ihre Bemühungen und Verhandlungen mit der ČSFR um Atomkraftausstiegsmöglichkeiten zum Schutz der österreichischen Bevölkerung unvermindert fortzusetzen“, wurde **als erledigt erklärt**, jedoch nicht einmal diskutiert. Eine Auseinandersetzung im Unterausschuß — wie sie vom Bürgerinitiativen- und Petitionsausschuß empfohlen wurde — hat nicht stattgefunden. Die Vorsitzende des Handels-

ausschusses hat dies mit der zu späten Zuweisung dieser Petition begründet. Für die GRÜNEN Abgeordneten ist dies nicht nachvollziehbar, da die Petition bereits am 17. April 1991 dem Handelsausschuß zugeleitet wurde, der „Energieunterausschuß“ sich aber erst am 12. Oktober 1993 konstituiert hat; es waren also zweieinhalb Jahre Zeit, um diesen Antrag dem Unterausschuß zu übermitteln. Die ursprünglich geplante Zuweisung an den „Kernkraftwerke-Unterausschuß“ wäre bereits 1991 möglich gewesen, da dieser seine Behandlungen erst am 26. Mai 1992 abgeschlossen hat.

3. In der gleichen Sitzung des Handelsausschusses wurde im Zusammenhang mit dem Energiebericht folgender Antrag beschlossen: „Die Bundesregierung wird ersucht, weiterhin alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um langfristig ein AKW-freies Mitteleuropa zu erreichen.“ Nach Meinung der Unterzeichneten ist dieser Antrag eine reine „**Augenauswischerei**“, da ja gleichzeitig alle konkreten Schritte zu seiner Umsetzung abgelehnt wurden.

4. Es werden also weiterhin zirka **15 Milliarden Schilling** bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zur Verfügung gestellt, mit denen Atomprojekte finanziert werden, um die „Sanierung“, Fertigstellung oder Errichtung von Kernkraftwerken in Osteuropa zu finanzieren.

5. Es wird gleichzeitig in Österreich die **380-kV-Hochspannungsleitung** gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung „durchgezogen“, damit die Verbund AG lukrative Geschäfte mit dem Transport von Atomstrom machen kann. Dieses gigantische Projekt wurde weder einer fundierten Bedarfsprüfung noch einem least-cost-planning unterzogen. Diese ökonomischen Forderungen an ein Großprojekt werden dem kurz-sichtigen Profitdenken des Verbundes geopfert. In weiten Landes-

teilen, zB des Burgenlandes, wird eine zukunfts-trächtige Entwicklung durch dieses österreichische Atomstromprojekt zunichte gemacht.

Solange PolitikerInnen (unabhängig ob Abgeordnete oder Regierungsmitglieder) mit dem berechtigten Anliegen der Bevölkerung in dieser „Festzeltmanier“ umgehen, muß man sich über Desinteresse an den politischen Entscheidungen nicht besonders wundern. Jeder PolitikerIn, die gegenüber der Bevölkerung verbale Unterstützung signalisiert und gleichzeitig die vorhandenen Steuermittel zur Fortführung der alten Politik verwendet, müßte das Mißtrauen ausgesprochen werden.

GRÜNER Antrag betreffend sofortige Maßnahmen zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die österreichische Mitgliedschaft bei der **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)** zurückzuziehen, sollten tatsächlich auf Grund der Beschlüsse der Direktorssitzung vom Montag Gelder oder Kredite in dreistelliger Millionenhöhe für die „Sanierung“, Fertigstellung oder Errichtung von Kernkraftwerken in Osteuropa vergeben werden. In diesem Fall sollte die Einlage in Höhe von 3 Milliarden Schilling, analog zu den Fristen der laufenden Einzahlungen, in konkrete Atomausstiegsprojekte investiert werden.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit einem jährlichen Betrag in Höhe von jedenfalls 500 Millionen Schilling, entsprechend den Tschernobyl-Folgekosten in Österreich, als Präventivmaßnahme einen **„AKW-Ausstiegsfonds“** zu gründen, der mit begleitenden Angeboten im Bereich Projektierung und Realisierung von Umrüstung in Gaskraftwerke, Sanierung von Braunkohlekraftwerken und Effizienzsteigerungsmaßnahmen Staaten wie Tschechien oder der Slowakei zwecks raschem Ausstieg zur Verfügung gestellt werden soll.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich dahingehende **politische Verhandlungen** zu führen, um laufenden Expertengesprächen eine notwendige, politisch abgesicherte Basis zu verschaffen.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in weiterer Folge das Volumen des **„Ost-Öko-Fonds“**, zweckgebunden für Atomausstiegsprojektierungen, zu **verdoppeln**.
5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf Grund der Zusagen Präsident Havels eine internationale **Expertenkommission** zu formieren, um die bislang nicht geprüften Risikoquellen durch den geplanten Ost-West-Technikmix in **Temelin** kontrollieren zu können, da Experten bereits jetzt befürchten, dieser Weltprototyp käme einer 1:1-Versuchsanlage gleich. Dies soll zentraler Punkt der in Kürze stattfindenden 2. Expertengesprächsrunde sein.
6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf Basis dieser Änderungen und entsprechender Prüfungen der Republik Tschechien ein **neues Genehmigungsverfahren für Temelin** eindringlich vorzuschlagen, da dies auf Grund der aktuellen Rechtslage die Möglichkeit böte, daß die österreichische Öffentlichkeit, wie im Fall Wackersdorf, Einwendungen formulieren kann.
7. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die neue Regierung der USA sowie speziell das von ihr neu zu besetzende Direktorium der Staatsbank „EXIM“ davon in Kenntnis zu setzen, daß gegen die Finanzierung des Kernkraftwerkes Temelin größte Bedenken existieren und ein Umbau in ein Gaskraftwerk Zielsetzung sein solle.
8. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die Realisierung der Zusagen des tschechischen Umweltministers Benda zu urgieren, wonach im Verfahren für das **Atomlager in Dukovany** österreichische Experten sämtliche Unterlagen und Anwendungsmöglichkeiten erhalten sollen, was bisher nicht ermöglicht wurde, hingegen der zweite von drei Verfahrensabschnitten nunmehr ohne österreichische Beteiligung kurz vor Beendigung steht.
9. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sämtliche Studien über **Ausstiegsmöglichkeiten in Bohunice** entsprechend zu koordinieren, im Sinne der Punkte 2 bis 4 des Antrages über die Erstellung von Studien hinaus unverzüglich einheitliche Angebote zu formulieren, um eine neuerliche Ablehnung durch die Slowakei hintanzuhalten.
10. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen für eine sofortige **Stornierung des Ukraine-Stromliefervertrages** im Ausmaß von 10 800 GWh über 15 Jahre zu setzen, da nicht auszuschließen ist, daß dadurch eine Abschaltung des Kernkraftwerkes Tschernobyl verzögert wird.
11. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf Grund verschiedener internationaler Entwicklungen im Bereich zwischenstaatlicher Probleme mit Atomanlagen unverzüglich ein **Gutachten über völkerrechtliche Möglich-**

4

1525 der Beilagen

- keiten Österreichs gegen grenznahe Kernkraftwerke erstellen zu lassen und entsprechende Aktivitäten folgen zu lassen.**
12. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf Grund der jüngsten Berichte über Risikoquellen (Risse usw.) in grenznahen **Kernkraftwerken Deutschlands** und der Schweiz die jeweiligen detaillierten **Sicherheitsberichte** anzufordern und wie im Fall Bohunice eine Prüfkommision einzusetzen.
13. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in **Wien ein Anti-Atom-Zentrum** speziell der atomfreien Staaten zu gründen, in dem in internationaler und interdisziplinärer Weise Modelle für einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie erarbeitet und deren Umsetzung eingeleitet werden kann.

Christine Heindl

Madeleine Petrovic